

Die Wahlrechtsanträge im Verfassungsausschuß.

Verhältnismahl in zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages setzte heute vormittags seine Beratung über die Wahlrechtsanträge fort. Ein Zentrumredner erklärte, daß seine Freunde für die fortschrittliche Resolution im Wortlaut nicht stimmen könnten, aber eine Verständigung erhofften. Gegen eine umfangreiche Vermehrung der Reichstagsmandate müßten seine Freunde sich allerdings wenden. Aber sie seien für Beseitigung der Riesenwahlkreise. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gebiete mit starkem Bevölkerungszuwachs erheischten die Einführung der Verhältnismahl in diesen Gegenden. Es müsse sich dabei aber um zusammenhängende Wirtschaftsgebiete handeln.

Ein Vertreter der Deutschen Fraktion spricht gegen Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre, die von den Sozialdemokraten beantragt wird, und gegen das Frauenstimmrecht. Die Mütter und Hausfrauen hätten zur öffentlichen Betätigung keine Zeit. Für die Wahlkreiseinteilung dürfe nicht die brutale Zahl allein ausschlaggebend sein, das Land sei die Quelle der Großstädte. Die Deutsche Fraktion werde gegen die fortschrittliche Resolution stimmen. Die Großstädte hätten alle gleiche Interessen, nämlich Verbraucherinteressen, das platte Land aber hätte sehr verschiedene Lebensinteressen. Die Wirkung der Verhältnismahl sei nicht zu übersehen, es müßte Material darüber beigebracht werden.

Die Fortschrittliche Volkspartei ändert ihre Resolution dahin ab, daß diejenigen Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate unter Einführung der Verhältnismahl erhalten sollen.

Ein zweiter Zentrumredner führt aus, ein Teil seiner Freunde hätte gewünscht, daß die ganze Wahlkreisfrage im Reich jetzt während des Krieges gar nicht angechnitten worden wäre. Der Süden Deutschlands würde bei einer Mandatsvermehrung, die auf der Volkszahl aufgebaut würde, gegenüber dem Norden benachteiligt werden. Darin sehe er eine Gefahr. Der Proporz habe manches für sich, wenn er sich auf zusammenhängende Wirtschaftsgebiete beschränke.

Keine Mehrheit für ein parlamentarisches System.

Ein Sozialdemokrat erwidert, die Frage des Frauenstimmrechts könne man nicht mit den Späßen lösen, die gestern der konservative Redner gemacht habe. Die Frauen seien durch den Krieg unzweifelhaft in sehr hohem Maße in das Wirtschaftsleben hineingezogen worden. In Norwegen, Dänemark, Holland, Italien, Frankreich, England und Rußland sei das Frauenstimmrecht entweder eingeführt oder zugesagt. Es handle sich einfach um eine Kulturbewegung. Die Erfahrungen des Krieges müßten auch bei uns ausschlaggebend sein. Angelpunkte der Neuorientierung seien das parlamentarische System und die Wahlrechtsreform im Reich und in den Bundesstaaten. Für das parlamentarische System sei im Ausschuß keine Mehrheit. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten durch das Reich werde gleichfalls schwerlich angenommen werden. Nur die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokraten hätten sich im Ausschuß für das wirklich gleiche Wahlrecht im Reich erklärt, aber auch die Fortschrittliche Volkspartei schlage ein Provisorium vor, das er beanstanden müsse. Der Ausschuß habe das deutsche Volk enttäuscht.

Ein Konservativer erklärt, zuzugeben, daß die Riesenwahlkreise auf die Dauer nicht haltbar seien. Aber es sei der Grundsatz zu beobachten, daß bei Neuerungen Land und Leute berücksichtigt werden müssen. Der Verhältnismahl stehe er sehr skeptisch gegenüber und halte sie nicht für spruchreif, auch nicht für die Großstädte.